

Anlage 2

Finanzunwirksame Anträge
der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Haushaltstesung 2016 - Stellenplan - Finanzunwirksame Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte
Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 2

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €			2016			Veränderungen in €			Abstimmungsergebnis		
				bisher	neu	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	2019	Dauer	Ja	Nein
30															

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

Bündnis 90/
Die Grünen

Photovoltaik auf Dächern städtischer Gebäude
Seit Jahren ist es erkärt, die Stadt Braunschweig, als Beitrag zum Klimaschutz auch auf den Dächern städtischer Gebäude Photovoltaikanlagen zu errichten. Leider ist die Umsetzung dieser Absicht in der Vergangenheit nur sehr partiell und zögerlich erfolgt. Das vorliegende Konzept soll für Rat und Öffentlichkeit erkennbar machen, wie die Stadt hier vorgeht und damit für die Ratsgremien eine Steuerungsmöglichkeit schaffen.

Anmerkung der Verwaltung															

Gesamtstädtisch - teilhaushaltübergreifend

33	Diverse	Stradennamen und Hausnummern <i>Lüttringhausen</i> <i>unwichtig</i>	Piraten	Kennzahleneingabe mit 3 ist-Werten Andernfalls lassen sich Trends nicht sinnvoll erkennen.											
Anmerkung der Verwaltung															

Anlage 3

Finanzwirksame Anträge - Ergebnishaushalt
der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Haushaltstesung 2016 - Ergebnishaushalt - Finanzwirksame Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte
Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 3

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €	2016	2017	2018	2019	Dauer	Abstimmungsergebnis	
			bisher	neu	Erträge Aufwend.	Erträge Aufwend.	Erträge Aufwend.	Erträge Aufwend.	Ja	Nein	Enth.

Teilhaushalt Ref. 0630 Bauordnung

	Diverse										
157 NEU	1.52.5210.04	Baugenehmigungsverfahren	BIBS	Kostenübernahme für die Bürgerinitiative Strahlenschutz (BISS)							
				Die BISS hatte eine Aktenansicht in die Baumentlagen der Firmen am Gieselweg und Harxbütteler Straße in Braunschweig beantragt. Damit sollte - letztlich auch im Sinne der Stadt Braunschweig - mehr Transparenz geschaffen werden. Leider erhält die BISS trotz ihrer Bitte, die Kosten im Vorfeld genannt zu bekommen, nur umfangreich geschwärzte Unterlagen und eine Rechnung in Höhe von 413,70 €. Daher bittet die BISS die Stadt um die Kostenersatzzahlung, da sie zur Einhaltung der Zahlungsfristen den Betrag bereits an die Stadtverwaltung überwiesen haben. Die BISS merkt in diesem Zusammenhang auch an, dass sie der Stadt BS ihre Informationen immer kostenlos zur Verfügung gestellt hat, insbesondere das Rechtsgutachten (Kostenpunkt 6006 Euro), das die Stadt in die Lage versetzte, die Ansiedlung von mit radioaktiven Materialien umgehenden Firmen auf dem Gelände zukünftig auszuschließen.							
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto):		331110	Venwaltungsgebühren								
Anmerkung der Verwaltung:											
Es handelt sich um eine Absetzung vom Ertrag nach § 27 GemHKVO.											

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

	Diverse										
108	1.51.5119.02	Öffentlichkeitsarbeit	Piraten	Öffentlichkeitsarbeit Öffentlichkeitsarbeit soll beim Ansatz von 2015 bleiben (der auch schon ganz hoch war).							
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto):		Diverse									
Anmerkung der Verwaltung:											
In dem genannten Betrag sind auch Personalkosten enthalten. Eine Annahme des Antrags hätte somit Auswirkungen auf den Stellenplan.											

Haushaltsteserung 2016 - Ergebnishaushalt - Finanzwirksame Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Anlage 3

Anlage 4

Ansatzveränderungen der Verwaltung - Ergebnishaushalt

Haushaltsteslung 2016 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (inklusive Konsolidierungsbeiträge)

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 4

Nr.	Teilaushalt-Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Abstimmungsergebnis
				bisher	neu	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Dauer	Ja	Nein

Teilaushalt Ref. 0120 - Stadtentwicklung und Statistik

	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	806.200	797.600	0	-	8.600	0	0	0	0	0	0	
1	1.5114.03	Europaangelegenheiten												

Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto): 427110 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen

Teilaushalt Ref. 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege

	Diverse			0	-	600	0	-	600	0	-	600		
2	Diverse													

Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto): Diverse

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

Aut das Estuário/Auf das Wando (Sankt Konto) | Diálogo

Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto): Erstattung von privaten Unternehmen

Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto): 443140 Prüfungs- und Beratungskosten

Haushaltstesung 2016 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (inklusive Konsolidierungsbeiträge)

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 4

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltssatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Abstimmungsergebnis			
				bisher	neu	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Ja	Nein	Enth.	
Allgemeine Teilhaushalte																	
6	Diverse					0	-	1.956.863	0	305.647	0	-	115.424	0	-	184.698	
Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Aufwandsbudgets																	
Rücknahme der pauschalen Steigerung der Aufwandsbudgets in den Folgejahren (564.500 € p. a.)																	
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto):				Diverse													
7	Diverse			Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Personalaufwendungen		Der Gesetzgeber beabsichtigt, den Kommunen die Angleichung der LoB-Zahlungen für Beamte an die tariflichen Regelungen zu ermöglichen. Eine rechtliche Verpflichtung soll jedoch nicht bestehen. In der Haushaltssplanung war die Aufstockung des bisherigen Ansatzes um 670.000 € auf insgesamt 950.000 € vorgesehen. Auch vor dem Hintergrund der bislang fehlenden rechtlichen Regelung soll nunmehr nur der ursprüngliche Betrag von 280.000 € verbleiben, um LoB-Zahlungen an die leistungsstarksten Beamten auch weiterhin zu ermöglichen.										dauerh.	
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto):				Diverse													
8	Diverse			Haushaltskonsolidierung - Einsparung bei den Personalaufwendungen		Die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) hat mitgeteilt, dass die Quote für das Sanierungsgeld von derzeit 2% der Tarifentgelte auf 0,14% ab dem Haushaltsjahr 2016 gesenkt wird. Dies führt zu: Einsparungen i. H. v. 1,03 Mio. € pro Jahr. Einmalig werden für vergangene Jahre 3,12 Mio. € in 2016 erstattet.										dauerh.	
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto):				Diverse													
9	Diverse			Mehrbedarfe Personalaufwand		Der Mehrbedarf entsteht insbesondere durch weitere Stellenschaffungen (ohne Stellen für Flüchtlingsthematik).											
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto):				Diverse													

Haushaltslesung 2016 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (inklusive Konsolidierungsbeiträge)

Planungs- und Umweltausschuss

Seite 4

Anlage 5

Finanzwirksame Anträge - Investitionsmanagement 2015-2019
der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Haushaltstesung 2016 - Finanzwirksame Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Anlage 5

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und ist Vorjahr in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

Teilhaushalt 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege

Zuschüsse für private Denkmäler

		Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	-66.800	0	-16.700	-16.700	-16.700	-16.700	-16.700	0		
10												
132	4S.0000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	DIE LINKE	bisher neu	184.200 51.000	51.000 0	33.300 0	33.300 0	33.300 0	33.300 0	0	0
			Veränderung		-133.200	-33.300	-33.300	-33.300	-33.300	-33.300	0	2

Antrag

Wegfall der Zuschüsse für private Denkmäler (Ausgaben jährlich: 100.000 €); Einnahmen jährlich: 33.300 €.
-siehe auch Zeile 17.

Anmerkung der Verwaltung

Die im Haushalt bisher zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel verteilen sich in einem Jahr auf ca. 20 verschiedene private Denkmalsanierungen. Gefördert werden nur denkmalbedingte Mehrkosten. Den Fördersummen - Beträge von 3.000 - 5.000 € - stehen in allen Fällen größere private Investitionssummen gegenüber. Der Förderbeitrag ist somit nur ein Anreiz, der für die meisten Bauherren aber hohe Bedeutung hat, erfahren sie doch eine öffentliche Anerkennung für ihre Sanierungsleistung. Als Richtwert kann man von einem Verhältnis 1:10 (Fördersumme; private Investition) ausgehen. D.h. der relativ kleine Förderbetrag führt zu erheblich höheren privaten Investitionskosten, die zumeist dem örtlichen Baugewerbe zu Gute kommt. Der Förderbedarf hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht.

Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden.
Es liegt ein ähnlicher Antrag der Piratenpartei vor.

Haushaltstesung 2016 - Finanzwirksame Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 5

Haushaltslesung 2016 - Finanzwirksame Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 5

Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

Concrete Manufacture

Haushaltslesung 2016 - Finanzwirksame Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzaushalt (inkl. IP 2015 - 2019)

Anlage 5

Planungs- und Umweltausschuss

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und ist Vorjahr in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.
55.61.0033	FB 61: Global-Baum.Grünflächen-Abt.61.7	SB 321 bisher neu 488.000 260.000 147.000 120.000			27.000 27.000 27.000 0	27.000 27.000 27.000 0	27.000 27.000 27.000 0	27.000 27.000 27.000 0	27.000 27.000 27.000 0				
	Antrag	Zusätzliche Haushaltsmittel für die Standortsuche und die Gestaltung eines Jugendplatzes nach dem Braunschweiger Modell der Kinder- und Jugendbeteiligung im Ortsteil Watenbüttel an einem möglichst zentral gelegenen Platz für das Haushaltsjahr 2016 (120.000 €).											
	Anmerkung der Verwaltung	Kürzung des Ansatzes im Rahmen der Ansatzveränderungen um jährlich 3.000 €.											
Gesamtstädtisch - teilhaushaltübergreifend													
	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				-1.600.000		-400.000	-400.000	-400.000	-400.000	0	0	0
17													
137	diverse	Piratenpartei bisher neu 10.269.100 8.669.100 7.167.300			7.167.300 386.300 -400.000	786.300 368.300 -400.000	768.300 372.900 -400.000	772.900 374.300 -400.000	774.300 374.300 -400.000				
	Antrag	Reduzierung der Haushaltssmittel für Schönheitsreparaturen stadtweit auf etwa 50% (jährliche Kürzung 400.000 €).											
	Anmerkung der Verwaltung	Im Rahmen der Ansatzveränderungen ist der Ansatz dieser Projekte bereits um ca. jährlich 10 % gekürzt worden. Eine über die o.g. Kürzung hinausgehende Verringerung der Ansätze für Schönheitsreparaturen wird seitens der Verwaltung kritisch gesehen, da zum Teil mietvertragliche Regelungen zur Durchführung von Schönheitsreparaturen bestehen. Außerdem ergänzen Schönheitsreparaturen die laufende Instandhaltung und erhalten so die Funktionsstüchtigkeit der betroffenen Liegenschaften.											

Anlage 6

Ansatzveränderungen der Verwaltung
- Investitionsmanagement 2015-2019

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 6

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

Teilhaushalt 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege

Nationale Projekte des Städtebaus

		Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
10		-903.200											
57.a	4S.000018	Ref. 0610: Nationale Proj. d. Städtebaus	bisher neu	1.063.200 160.000	160.000 0	584.600 0	318.600 0				11	○	○
			Veränderung	-903.200		-584.600	-318.600	0	0	0			
			Bemerkung										

		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)										
17		-1.355.000										

		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17		-1.355.000											
57.b	4S.000018	Ref. 0610: Nationale Proj. d. Städtebaus	bisher neu	1.595.000 240.000	240.000 240.000	877.000 0	478.000 0				11	○	○
			Veränderung	-1.355.000		-877.000	-478.000	0	0	0			
			Bemerkung										

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 6

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-Kosten in €	Plan und ist Vorjahrte in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis	
										Ja	Nein	Enth.

Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

Altlastsanierung Breite Straße / Gördelingerstraße

		Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	-530.000	-5.000	-460.000	-65.000	0	0	0																													
58.a	4E.610009	Breite Str./ Gördelingerstr.-Altlastbeseit.	131	bisher neu	690.000 160.000	0 0	45.000 40.000	540.000 80.000	105.000 40.000	0 0																												
				Veränderung	-530.000	-5.000	-460.000	-65.000	0	0	10	0																										
		Bemerkung																																				
		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	-300.000	0	0	0	0	0	0	-300.000																												
58.b	4E.610009	Breite Str./ Gördelingerstr.-Altlastbeseit..	131	bisher neu	2.300.000 2.000.000	150.000 150.000	200.000 200.000	800.000 800.000	200.000 200.000	500.000 500.000	450.000 150.000	10	0																									
				Veränderung	-300.000	0	0	0	0	0	-300.000	1			Bemerkung																							
		Bemerkung																																				

Haushaltstabelle 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzausbautes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 6

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

Erschließungsgebiete

	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)	-72.000		0	0	-72.000	0	0	0			
59.a	4E.610011 FB 61: Am Pfarrgarten/Erschl. - Beitrag	112	bisher neu	480.000 408.000	0 0	0 0	0 0	480.000 408.000	0 0	0 0		
			Veränderung	-72.000		0	0	-72.000	0	0	11	0
	Bemerkung											

	Baumaßnahmen (Veränderungen)	-1.173.500		-274.100	-298.100	-42.800	-558.500	0				
59.b	4E.610011 FB 61: Am Pfarrgarten/Erschließung	112	bisher neu	500.000 425.000	0 0	250.000 212.500	0 0	0 0	0 0	0 0		
			Veränderung	-75.000		-37.500	-37.500	0	0	0	11	0
				VE 2017:	250.000	VE 2017 neu:	212.500	VE 2017 Veränderung:	-37.500			
	Bemerkung											

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 6

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.
60	5E.610007	Volkmarode/Erschließung	114	bisher neu	343.187 253.187	243.187 243.187	100.000 0	0	0	0	0	0	0
				Veränderung	-90.000		-90.000	0	0	0	0	0	0

Bemerkung

Einsparvorschlag Konsolidierung

61	5E.610010	Gew.-Geb Rautheim-Nord/Ersch.	213	bisher neu	410.000 321.000	100.000 100.000	50.000 0	100.000 85.000	160.000 136.000	0 0	0 0	0 0
				Veränderung	-89.000		-50.000	-15.000	-24.000	0	0	0
NEU							VE 2017:	100.000	VE 2017 neu:	85.000	VE 2017 Veränderung:	-15.000

Bemerkung

Einsparvorschlag Konsolidierung

62	5E.610014	Gewerbegebiet Braunstraße-Süd /Ersch.	224	bisher neu	499.800 462.300	249.800 249.800	100.000 85.000	150.000 127.500	0 0	0 0	0 0	0 0
				Veränderung	-37.500		-15.000	-22.500	0	0	0	0

Bemerkung

Einsparvorschlag Konsolidierung

Haushaltslösung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Planung - Bauaufsicht - Umweltausschuss

Anlage 6

63	5E.610016 Roselies-Stud/Erschließung	2/13	bisher neu	1.459.291 1.106.091
			Veränderung	-353.200
NEU				
		VE 2017:	360.000	VE 2017 neu: 101.000 85.900
		VE 2018:	380.700	VE 2018 neu: 206.000 206.000
		VE 2019:	180.500	VE 2019 neu: -154.000 -15.100
				VE 2017 Veränderung: -154.000 -157.100 -27.000
				Einsparvorschlag Konsolidierung
			Bemerkung	

64	5E-610017	Lammer Busch-Ost / Erschließung	321	
		bisher	375.904	25.904
		neu	273.504	25.904
		Veränderung	-102.400	-20.800
		NEU		
		VE 2017:	211.000	VE 2017 neu:
				129.400
				VE 2017 Veränderung:
				-81.600
		Bemerkung		Einsparvorschlag Konsolidierung

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzausbautes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 6

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis	
										Ja	Nein	Enth.

65	5E.610027	Am Meerberg/Erschließung	211	bisher	155.000	50.000	105.000	0	0	0	0	0
				neu	139.300	50.000	89.300	0	0	0	0	0
			Veränderung	-15.700		-15.700	0	0	0	0	0	0
											11	0
			Einspanvorschlag Konsolidierung								11	0

66	5E.610029	Baugebiet Taubenstr/Erschließung	331	bisher	1.330.000	70.000	0	42.500	50.000	1.210.000	0	0
				neu	1.041.000	70.000	0	42.500	250.000	678.500	0	0
			Veränderung	-289.000		0	42.500	200.000	-531.500	0	11	0
											11	0
			VE 2018:	50.000	VE 2018 neu:	250.000	VE 2018 Veränderung:	200.000				
			Einspanvorschlag Konsolidierung									

67	5S.610035	FB 61:Lammer Busch-Ost/Erschließung	321	bisher	1.010.696	199.096	200.000	200.000	411.600	0	0	0
				neu	888.996	199.096	170.000	170.000	349.900	0	0	0
			Veränderung	-121.700		-30.000	-30.000	-61.700	0	0	11	0
											11	0
			NEU	VE 2017:	200.000	VE 2017 neu:	170.000	VE 2017 Veränderung:	-30.000			
			Einspanvorschlag Konsolidierung									

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 6

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis	
										Ja	Nein	Enth.

Gewässerentwicklung Mittelriede, Tafelmakerweg

Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)												
10				-55.400		-27.700		-27.700		0	0	0
68.a	4S.610037	Mittelriede,Tafelmakerw./Gew.entw	120	bisher neu	150.000 94.600	0 0	75.000 47.300	75.000 47.300	0 0	0 0	0 0	0 0
			Veränderung		-55.400		-27.700		-27.700		0	0
		Bemerkung										
		Einspanvorschlag Konsolidierung										

Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)												
17				-111.000		-55.500		-55.500		0	0	0
68.b	4S.610037	Mittelriede,Tafelmakerw./Gew.entw	120	bisher neu	300.000 189.000	0 0	150.000 94.500	150.000 94.500	0 0	0 0	0 0	0 0
		Veränderung			-111.000		-55.500		-55.500		0	0
		Bemerkung										
		Einspanvorschlag Konsolidierung										

Planung und Umweltausschuss

Anlage 6

EERE-Projekt Umweltmaßnahmen

10	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	-172.000	0	-100.000	78.000	-50.000	-100.000
----	--	----------	---	----------	--------	---------	----------

17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	-415.600	-20.000	-20.000	-75.600	-100.000	-200.000
----	--	----------	---------	---------	---------	----------	----------

69.b	4S-610038	Umweltmaßnahmen/EFRE-Projekt NEU: Umweltmaßnahmen/EELA-Projekte	bisher neu Veränderung	600.000 184.400 -415.600	0 0 -20.000	100.000 80.000 -20.000	100.000 80.000 -20.000	100.000 24.400 -75.600	200.000 0 -100.000	200.000 0 -200.000
		Bemerkung								

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 6

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-Kosten in €	Plan und ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

Sonstige Maßnahmen des Teilhaushaltes 61

		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		16.300	-48.600	14.000	27.900	23.000	0			
70	4E.610003	Riddagshausen/"Natur erleben"	112	bisher neu	253.293 244.893	239.293 239.293	3.500 1.400	3.500 1.400	3.500 1.400	3.500 1.400	0 0	
				Veränderung	-8.400	-2.100	-2.100	-2.100	-2.100	0	10	0

Bemerkung
Einsparvorschlag Konsolidierung

		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		16.300	-48.600	14.000	27.900	23.000	0			
71	4E.610013	Pfälzer Straße / Ausgleichsmaß.	bisher neu	209.700 128.300	0 0	176.700 100.200	0 0	0 0	33.000 28.100	0 0	10	1
			Veränderung	-81.400	-76.500	0	0	0	-4.900	0	10	1

Bemerkung
Einsparvorschlag Konsolidierung

		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		16.300	-48.600	14.000	27.900	23.000	0			
72	4S.610024	FB 61:Global Zusch. f. Flurbereinigungs.	bisher neu	185.000 305.000	0 30.000	0 30.000	0 30.000	0 30.000	0 30.000	0 30.000	10	1
			Veränderung	120.000	30.000	0	0	0	0	0	10	1

Bemerkung
Zusätzliche Mittel für Flurbereinigungsmaßnahmen in Höhe von jährlich 30.000 EUR (Wiederaufnahme des Projektes)

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 6

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-Kosten in €	Plan und ist Vorjahte in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis	
										Ja	Nein	Enth.
73	4S.610032	FB 61; Förderprogramm f. regener. Energien	bisher neu	370.000 356.100	277.000 277.000	0 0	93.000 79.100	0 0	0 0	0 0	10	0
			Veränderung	-13.900	0	-13.900	0	0	0	0	1	

Bemerkung

Einsparvorschlag Konsolidierung (Gemäß FB 61 müssen jedoch die Haushaltsreste 2015 in das Jahr 2016 übertragen werden)

26	Baumaßnahmen (Veränderungen)	-20.800	-5.200	994.800	-5.200	-1.035.200	30.000
74	5E.610004 Westpark 2. BA	221	bisher neu	1.886.292 1.886.292	136.292 136.292	0 0	0 0

Bemerkung

Einsparvorschlag Konsolidierung

75	5E.610028 Ringgleis - Ausbau und Schließung	bisher neu	3.450.000 3.450.000	0 0	450.000 450.000	500.000 1.500.000	500.000 500.000	2.000.000 1.000.000	0 0	11	0	0
		Veränderung	0	0	1.000.000	0	1.000.000	-1.000.000	0			
		VE 2017:	500.000	VE 2017 neu:	1.500.000	VE 2017 Veränderung:	1.000.000					

Bemerkung

Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019: hier: Einzelprojekte, Großprojekte und Programme

Planungs- und Umweltausschuss

NEU	76	5S.610030 Wändenwege / Grünzüge	bisher	141.890	61.890	20.000	20.000	20.000	0
			neu	129.890	61.890	17.000	17.000	17.000	0
		Veränderung	-12.000		-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	0
		VE 2017:	20.000	VE 2017 neu:	17.000	VE 2017 Veränderung:	17.000	VE 2017 Veränderung:	-3.000
		VE 2018:	20.000	VE 2018 neu:	17.000	VE 2018 Veränderung:	17.000	VE 2018 Veränderung:	-3.000
		VE 2019:	20.000	VE 2019 neu:	17.000	VE 2019 Veränderung:	17.000	VE 2019 Veränderung:	-3.000
		Bemerkung							Einsparvorschlag Konsolidierung

77	5S.610031	Grüne Stadtplätze	bisher neu	135.904 127.104	75.904 75.904	15.000 12.800
NEU			Veränderung	-8.800	-2.200	-2.200
NEU			VE 2017:	15.000	VE 2017 neu: 12.800	VE 2017 Veränderung: -2.200
NEU			VE 2018:	15.000	VE 2018 neu: 12.800	VE 2018 Veränderung: -2.200
			VE 2019:	15.000	VE 2019 neu: 12.800	VE 2019 Veränderung: -2.200
			Bemerkung		Einsparvorschlag Konsolidierung	

Anlage 7

Ansatzveränderungen der Verwaltung

- Investitionsmanagement 2015-2019
- Hier: 10% Kürzungen der Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019:

hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 7

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.
7	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher neu				47.300 42.700	27.300 24.700	27.300 24.700	27.300 24.700	0 0	○	○	○
	Bemerkung	Veränderung	0			4.600	-2.600	-2.600	-2.600	0	○	○	○

Teilhaushalt Ref. 0120 - Stadtentwicklung und Statistik

Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	-4.600	-2.600	-2.600	0							
17 Bemerkung	Einsparungsvorschlag Konsolidierung											

Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	-1.600	0	-700	-300	-300	-300	-300	0	0		
27 Bemerkung	Einsparungsvorschlag Konsolidierung											

8 diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher neu	21.600 20.000	8.400 7.700	4.400 4.100	4.400 4.100	4.400 4.100	0 0	0 0	0 0	0 0	○	○
	Bemerkung	Veränderung	-1.600	-700	-300	-300						

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzausbautes (inkl. IP) 2015 - 2019:

hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 7

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

Teilhaushalt Ref. 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege

	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				0		-600	-600	-600	-600	0		
					bisher neu	6.000 5.400	6.000 5.400	6.000 5.400	6.000 5.400	0 0		
					Veränderung	0	-600	-600	-600	0		
					Einsparungsvorschlag Konsolidierung							

	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)											
27				-400		0	-100	-100	-100	0		
					bisher neu	6.000 5.600	1.500 1.400	1.500 1.400	1.500 1.400	0 0		
					Veränderung	-400	-100	-100	-100	0		
					Einsparungsvorschlag Konsolidierung							

	37 diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte											
					bisher neu	6.000 5.600	1.500 1.400	1.500 1.400	1.500 1.400	0 0		
					Veränderung	-400	-100	-100	-100	0		

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzausbautes (inkl. IP) 2015 - 2019:

hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 7

Lfd. Nr.	Position/ Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

Teilhaushalt Ref. 0630 - Bauordnung

17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0	0	0	0	0	0		
38	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher neu			53.900 53.900	53.900 53.900	53.900 53.900	53.900 53.900	53.900 53.900	0 0		
	Bemerkung	Veränderung			0	0	0	0	0	0	11	0

27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)				0	0	0	0	0	0		
39	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher neu			3.300 3.300	3.300 3.300	3.300 3.300	3.300 3.300	3.300 3.300	0 0		
	Bemerkung	Veränderung			0	0	0	0	0	0	11	0

Haushaltsteslung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019:

hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 7

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
40	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher neu		0	0	0	0	0	0	255.000 255.000	0	0
	Bemerkung	Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	11	0

Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	-15.900	-11.400	-13.900	-11.200	0	0	0	0	0	0
41	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher neu	245.900 230.000	200.900 189.500	225.900 212.000	199.600 188.400	210.000 210.000	0	0	0	11	0
	Bemerkung	Veränderung	0	-15.900	-11.400	-13.900	-11.200	0	0	0	11	0

Haushaltslesung 2016 - Ansatzveränderungen des Finanzaushaltes (inkl. IP) 2015 - 2019:

hier Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 7

Lfd. Nr.	Position/ Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und ist Vorjahre in €	2016 in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	Restbedarf ab 2020 in €	Abstimmungsergebnis		
											Ja	Nein	Enth.
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			-20.000		0	-3.000	-3.000	-11.000	-3.000	0	0	
42	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher neu	200.000 180.000	30.000 27.000	30.000 27.000	30.000 -3.000	110.000 -11.000	30.000 -3.000	30.000 -3.000	0 0	0 0	0 0	
		Veränderung	-20.000										
		VE 2017:	30.000	VE 2017 neu:	27.000		VE 2017 Veränderung:			-3.000		111	0
		VE 2018:	30.000	VE 2018 neu:	27.000		VE 2018 Veränderung:			-3.000			
		VE 2019:	30.000	VE 2019 neu:	27.000		VE 2019 Veränderung:			-3.000			
		Bemerkung		Einsparungsvorschlag Konsolidierung									
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)			-25.600		0	-6.400	-6.400	-6.400	-6.400	0	0	
43	diverse Global-, Instandhaltungs- und GVG-Projekte	bisher neu	263.200 237.600	65.800 59.400	65.800 59.400	65.800 -6.400	65.800 -6.400	65.800 -6.400	65.800 -6.400	0 0	0 0	0 0	
		Veränderung	-25.600										
		VE 2017:	42.000	VE 2017 neu:	37.800		VE 2017 Veränderung:			-4.200		111	0
		VE 2018:	42.000	VE 2018 neu:	37.800		VE 2018 Veränderung:			-4.200			
		VE 2019:	42.000	VE 2019 neu:	37.800		VE 2019 Veränderung:			-4.200			
		Bemerkung		Einsparungsvorschlag Konsolidierung									

Anlage 8

**Stellenplananträge
der Fraktionen und Stadtbezirksräte**

Haushaltsteserung 2016 - Stellenplan - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 8 - NEU -

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planausatz 2016 in €			2016			2017			Veränderungen in €			Abstimmungsergebnis		
				bisher	neu	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Dauer	Ja	Nein	Enth.	

Stellenplananträge

Teilhaushalt Ref. 0610 - Stadtbild- und Denkmalpflege

Teilhaushalt Ref. 0610 - Stadtbild- und Denkmalpflege																	
Anmerkung der Verwaltung																	
Der Peter-Joseph-Krahe Preis ist der Architekturpreis der Stadt Braunschweig , mit dem sich eine Anerkennung für die Architektenchaft, aber auch für die Bauherrenschaft ausdrückt, die sich bei Baumaßnahmen über deren reine funktionale Belange hinaus um die gestalterische Qualität ihrer Bauvorhaben bemüht haben.																	
Die Vorbereitung und Begleitung der alle 5 Jahre stattfindenden Preisverleihung erfolgt federführend durch das Referat Stadtbild und Denkmalpflege und wird dort entsprechend der großen öffentlichen Bedeutung als wesentliche Aufgabe im jeweiligen Jahr der Verleihung mit entsprechender Priorisierung und daraus folgend entsprechendem Personaleinsatz wahrgenommen. Neben dem Projektleiter (E 14) nehmen auch beim Referatsleiter (E 15) die inhaltlichen und konzeptionellen Vorüberlegungen und Fragestellungen größere Zeitanteile in Anspruch. Daneben sind auch von den beiden Verwaltungskräften des Referates (A 10, E 5) umfangreiche Zuarbeiten zu leisten.																	
Aufgrund des fünfjährigen Verleihintervalls und der Verteilung der Aufgaben auf verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Referates mit jeweils spezifischen Qualifikationen kann, selbst bei einem für die Bauverwaltung nicht vertretbarem Verzicht auf diese Aufgabenwahrnehmung, eine dauerhafte Personaleinsparung nicht hergeleitet werden.																	
Ergänzend ist anzumerken, dass auf dem Produkt „Sonderaufgaben“ neben dem Peter-Joseph-Krahe Preis noch weitere, nicht einem spezifischen Produkt zuordnungsbares Aufgaben abgebildet werden, für die noch keine eigenständige Leistung definiert wurde, z.B. im Zusammenhang mit dem Soziokulturellem Zentrum (Koordinierung der baulichen Aspekte im Dez. III und Vertretung gegenüber den Investoren); Aufstellung von Raumprogramm und Baubeschreibung; Ausstattungsstandards; Vertragsgestaltung) sowie mit der Stadtmauerstudie (Koordinierung der Studie Stadtmauerreste Burgmühlengraben; Konzeption „Archäologischer Pfad“).																	
151	1.52.5231.07	Sonderaufgaben	Piraten	Peter Joseph Krahe Preis Die Produktbeschreibung erklärt den vorgeschlagenen Personalbedarf nicht.	- 20.000	- 20.000	- 20.000	- 20.000	- 20.000	dauern,	/	/	/	/	/	/	/

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Beitrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Abstimmungsergebnis	
				bisher	neu	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Dauer	Ja

Teilhaushalt Ref. 0630 - Bauordnung

152	1.52.5210.08	Grundstücksgenehmigungserfahren	Piraten	Grundstücksgenehmigungsverfahren Eine Überprüfung, ob auf einem Grundstück ein städtisches Vorkaufsrecht besteht, kann so lange nicht dauern. Der Personalaufwand von 3 Stellen erscheint unpräzise.													
				-	40.000			-	40.000			-	40.000		1	9	0

Anmerkung der Verwaltung
Die Möglichkeit der Nutzung bestehender Vorkaufsrechte ist ein wichtiges Instrument zur Umsetzung städtischer Planungen. Die Nutzung des Instrumentes erfordert jedoch die vollständige Prüfung aller eingehenden Grundstückskaufverträge.

Zur Antragsbearbeitung gehört die formale Erfassung der Anträge mit den Vortragsdaten, die Prüfung der Unterlagen auf Vollständigkeit, die Prüfung, ob es sich um einen Verkauf nach dem WEG (Wohnungseigentumsgesetz) oder um ein Erbbaurecht bzw. den Verkauf eines Grundstückes an einen Verwandten bis zum dritten Grad handelt, die Einleitung und Steuerung der Beteiligungsverfahren – referatsinterne Prüfung der Vorgaben aus Bebauungsplänen- sowie extern z.B. hinsichtlich Sanierungsrechtlicher Beteiligungserfordernisse bzw. bei der Feststellung von Interessensbereichen die Einholung von Stellungnahmen durch die Fachabteilungen und ggf. Weitergabe an die Liegenschaftsabteilung zur Vornahme der Ausübung des Vorkaufsrechtes. Sollte die Prüfung negativ ausfallen, sind die Vorkaufsrechtsverzichtserklärungen und die Gebührenbescheide zu erstellen und die Vorgänge in die eigentümliche Registratur sachgerecht, zur Sicherstellung von Aufbewahrungsfristen, einzutragen.

Aktuell ist von rund 1.000 Anträgen pro Jahr auszugehen, von denen rund 1/5 an die Liegenschaftsabteilung zur abschließenden Entscheidung über die Ausübung des Vorkaufsrechtes weitergeleitet werden. In rund 4/5 der Fälle wird unmittelbar nach Abschluss der Prüfungen und Beteiligungen das sogenannte Negativzeugnis ausgestellt.

Entgegen der Darstellung im Antrag (3 Stellen) werden für die Wahrnehmung der Aufgabe Vorkaufsangelegenheiten im Stellenplan aktuell summarisch 1,5 Stellen (3 A8 T 20, dav. 1 A 8 kw 1)) ausgewiesen, wobei der an einer halben Stelle bereits ausgewiesene kw 1) Vermerk zum Stellenplan 2016 für die Aufgabe der Überprüfung und Digitalisierung von Baulisten in einem Kw 2018 vermerkt umgewandelt werden soll. Dies ist bei der Darstellung der Produkte noch nicht berücksichtigt gewesen und wird bei der nächsten Planung angepasst. Daneben sind verschiedene technische SachbearbeiterInnen mit weiteren Zeitanteilen mit der Aufgabe besetzt, die ebenfalls einschließlich der Umlagen und Verteilungen dem Produkt Grundstücksgenehmigungsverfahren zugewiesen sind.

Da die Wahrnehmung der Ausübung des Vorkaufsrechtes an enge zeitliche, gesetzlich vorgeschriebene Fristen angebunden ist (2 Monate vom Eingang des Grundstückskaufvorganges bis zur ggf. erforderlichen Entscheidung der städtischen Gremien über die Ausübung des Vorkaufsrechtes), muss die Aufgabe prioritär bearbeitet werden. Die vorgeschlagene Reduzierung der Aufgabenwahrnehmung im Zusammenhang mit Vorkaufsauslegereihenheiten um 1 Stelle würde bedeuten, dass für diese Aufgabe praktisch kein Personal mehr zur Verfügung steht.

* Der Antrag enthält keinen Beitrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €		2016		2017		2018		2019		Abstimmungsergebnis	
				bisher	neu	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Ja	Nein	Enth.	
153	1.51.5111.03	Bebauungsplanung	Piraten					- 60.000		- 60.000		- 60.000		- 60.000	dauerh. zu berücksichtigen

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

Ammerkung der Verwaltung
Bei Bebauungsplänen handelt es sich um kommunale Satzungen. Sie unterliegen aufgrund der Verbindlichkeit der getroffenen Normen gegenüber „Jedermann“ durch den Gesetzgeber über das Baugesetzbuch, auch hinsichtlich der in den Erläuterungen zu behandelnden Punkte, klareren Vorgaben. Im Sinne einer bundesweit einheitlichen Gestaltung von Bauleitplänen werden zudem weitergehend mit der Baunutzungsverordnung oder der Planzeichenverordnung konkrete Vorgaben zu den Inhalten und Festsetzungen eines Bebauungsplanes gemacht. Der Umfang der Planerläuterungen ist damit gesetzlich vorgesehen und entzieht sich dem Einfluss der Stadt.

Bei der Feststellung des erforderlichen Personalbedarfs muss berücksichtigt werden, dass die in den Beratungsvorlagen dargestellten Inhalte lediglich das Endergebnis eines vorhergehenden umfassenden Plan- und Beteiligungsverfahrens darstellen. So gehören zu diesem Produkt die folgenden Leistungen: Klärung Aufgabenstellung/Leistungsumfang, Vorentwurf Bebauungspläne, Entwurf Bebauungspläne, abschließende B-Planfassung, Verfahrenskoordinierung, Betreuung externer Planer/Gutachter B-Pläne, hoheitliche Tätigkeiten (Gremien) B-Pläne, Veränderungssperre Bebauungspläne. Aus dem Umfang der Darstellung in den Beschlussvorlagen lässt sich daher kein Rückschluss auf den Personalbedarf ziehen. Selbst eine Verkürzung der Begründungstexte -unter Inkaufnahme einer damit verbundenen Verringerung der Rechtssicherheit- würde deshalb nicht zu einem nennenswerten Einsparpotential im Stellenplan führen.

Mit dem Wohnraumversorgungskonzept hat sich die Stadt Braunschweig zum Ziel gesetzt, Planungsrecht für zusätzlich rd. 4.000 Wohneinheiten zu schaffen, so dass die Realisierung von mehr als 5.000 Wohneinheiten ermöglicht wird. Eine Reduzierung des Personalbestandes würde zu spürbaren Eingriffen in die zeitliche Umsetzung der vorgesehenen Planvorhaben zur Schaffung von Wohnraum und Gewerberäumen führen.

Haushaltslesung 2016 - Stellenplan - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Planungs- und Umweltausschuss

Anlage 8 - NEU -

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €	2016	2017	2018	2019	Dauer	Ja	Nein	Enth.
bisher	neu	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.	Erträge	Aufwend.			
154	1.51.5112.03	Straßennamen und Hausnummern	Piraten	Weniger Stellen für Verwaltung der Hausnummern In BS werden höchstens 1000 Häuser pro Jahr gebaut, das heißt, es werden 5(!) neue Zahlen pro Arbeitstag vergeben. Auch die Vergabe der Straßennamen ist nicht besonders aufwendig. Ein Personalbedarf von mehr als 1 Stelle erscheint unpräzise.	-	- 60.000	- 60.000	- 60.000	- 60.000	-	60.000	- 60.000

Anmerkung der Verwaltung

Die Vergabe von Straßennamen und Hausnummern ist eine hoheitliche Pflichtaufgabe, deren Ausübung nicht im Ermessen der Stadt steht. Sie dient nicht allein der Adressbildung für eine Postzustellung, sondern vorrangig auch der Sicherung einer eindeutigen Orientierung zur Gefahrenabwehr bei rund 70.000 Rettungs- und Notfallsituationen jährlich. Auch ist die Verwendung der Lagebezeichnungen zwingende Grundlage in der Anwendung einer Vielzahl von öffentlichen Registern (Rettungsdienste, Energieversorger, Grundbuch, Meidewesen u.v.a.m.).

Für die Stadt Braunschweig bedeutet das, dass die Verwaltung, Überwachung und Fortführung von über 2.100 Straßen, über 100.000 Gebäuden/Bauwerken mit aktuell 48.000 Hausnummern im Bestand zu erfolgen hat.

Hausnummernvergaben

Die im Antrag genannte einfache Hausnummernvergabe in klar strukturierten Neubaugebieten stellt nur einen geringen Teil der Gesamtaufgabe dar. Im Vergleich viel höhere Gesamtaufwände treten bei Neu- und Umnummerierungen im Bestand auf. Die Problematik der immer größeren Innenviertelung und des Bauens im Bestand erfordert auch im Bereich der Hausnummernvergabe wesentlich umfangreichere Verfahren. Dabei sind im Umfeld vielfach Anpassungen ganzer Hausnummernbereiche inkl. der zugehörigen Verwaltungs- und Beteiligungsverfahren notwendig. Zu den Arbeitsprozessen für den Bereich der Hausnummernvergabe gehören z.B. die Abstimmungen mit Beteiligten, Ortstermine, Anhörungen, Bescheiderteilung, Stellungnahmen in Klageverfahren, Anfragenbearbeitung, Führung der Hausnummerndatenbank mit der Fortführung des Verzeichnisses auch infolge von Abrissen oder Umnummern, Überwachung/Feldvergleiche bei Orientierungsproblemen, Kontrolle der Beschilderung, Aufforderung für das Anbringen von Hausnummern, Vorbereitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren, Sichtung und Recherchen (Bauakten, historische Unterlagen, Luftbilder), Nummerierungskonzepte für Neubaugebiete und größere Umnummerierungsbereiche, Bereitstellung der Änderungsinformationen für diverse Register.

Straßenbe- und umbenennungen

Bei den Straßenbe- und umbenennungen, die zu Gremienbeteiligungen und -beschlüssen geführt haben (Neubenennungen, Umbenennungen, Verlängerungen, Teileinziehungen) sind umfängliche und aufwändige Beteiligungs- und Abstimmungsprozesse zwischen Politik und Verwaltung sowie auch innerhalb der Verwaltung vorzunehmen. Hinzukommen weiterhin in noch größerem Umfang Anregungen, Anfragen und Vorschläge von Bürgern und aus den politischen Gremien. Diese Verfahren und Vorgänge, auch unabhängig von ggfs. abschließenden Gremienbeschlüssen, sind ebenfalls zu begleiten und bedürfen entsprechender Bearbeitungsaufwände. Zu den Arbeitsprozessen für den Bereich der Straßenbe- und umbenennung gehören z.B. Führung und Fortführung von Straßennamen- und Vorschlagsdatenbank, Bearbeitung von Grundsatzangaben (rechtliche Grundlagen), Recherche und Abstimmungen zu Be- und Umbenennungsvorschlägen u.a. mit biographischer Aufarbeitung und in Zusammenarbeit mit dem Kulturdezernat, Baeantragung von Anträgen, Vorbereitung und Begleitung von Gremien (Abstimmung in Verwaltung und mit Politik, Heimatpflegern und Eigentümern, Mitteilungen, Stellungnahmen, Beschlussvorlage, Sitzungsteilnahme), Durchführung der vor- und nachgehenden Verwaltungsverfahren (Anhörungen, Bekanntgaben), Abstimmungen in Bezug auf die Lagebezeichnungen, Beschilderungskonzepte und deren Ausführungsüberwachung sowie die Bereitstellung der Änderungsinformationen für diverse Register. Zusätzlich erfolgt über die Zuordnung zu diesem Produkt die Betreuung von Projekten, wie z.B. aktuell das Projekt „Bildung im Vorübergehen“ der Bürgerstiftung.

Verfahren, die sich über Monate hinziehen bzw. hingezogen haben sind z.B. die Straßenneu- und Umbenennungen Nördliches Ringgebiet „Taubenstraße“, Vorgänge Agnes-Miegel-Straße (Umbenennungsvorschlag) und Grasseller Straße (Teilumbenennung), Willy-Brandt-Platz (Teilumbenennung Domplatz), Donauknollen (Teilumbenennung Domplatz und Hausnummernvergaben), Vorgänge Max-Jüdel und Peter-Joseph-Joseph Krahe (jeweils gewünschte Zweitenbenennung), Hagenhof (Neubenennung und Hausnummernvergabe), in den Waashainen / im Bastholz / Boeselegerstraße (Neurondungs-Konzept und Hausnummernvergabe), FAL-Gelände (mögliche aber nicht umgesetzte Straßenbenennung und Hausnummernvergabe, zzt. anhängiges Verfahren beim Verwaltungsgericht), Alte Kirchstraße / Mascherode (Hausnummernvergabe und Auswirkungen auf umgebende Lagebezeichnungen). Diese Beispiele zeigen anschaulich komplexe Arbeitsprozesse und stehen stellvertretend für eine Vielzahl von ähnlich gelagerten Vorgängen.

Jedes Verfahren ist individuell zu betrachten und unterschiedlich im Hinblick auf den Umfang der damit verbundenen Aufwände. Die notwendigen individuellen Bearbeitungsaufwände lassen sich daher nicht mit der Formel „Anzahl Verfahren / Jahr“ quantifizieren.

Stellenausweisung

Mit der Wahrnehmung der dargestellten Aufgaben sind nach der Ausweisung im Stellenplan forma 3 Stellen der Entgeltgruppe E 8, davon 2 T 29,25 befasst. Diese Stelleninhaber nehmen jedoch auch andere Aufgaben im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Auswertung von Vermessungen wahr. Daneben sind weitere Mitarbeiter/innen mit Zeitanteilen mit der Aufgabe befasst, die ebenfalls einschließlich der Umlagen und Verteilungen dem Produkt zugewiesen sind. Insgesamt sind auf dem Produkt Personalaufwendungen im Umfang von ca. 1,7 Vollzeitstellen verbucht.

* Der Antrag enthält keinen Beitrag. Ein Beitrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Haushaltsteserung 2016 - Stellenplan - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Planungs- und Umweltausschuss

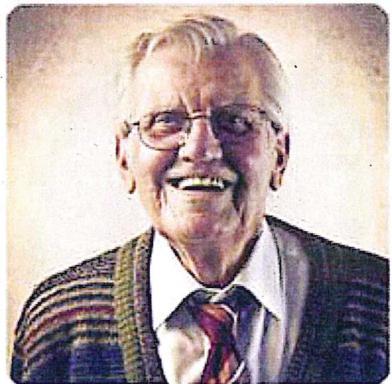
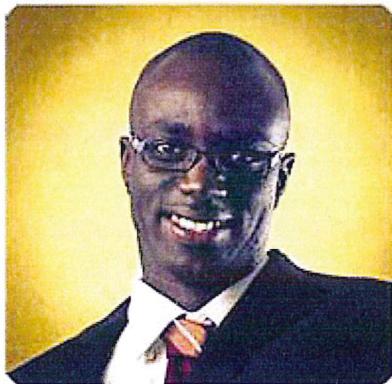
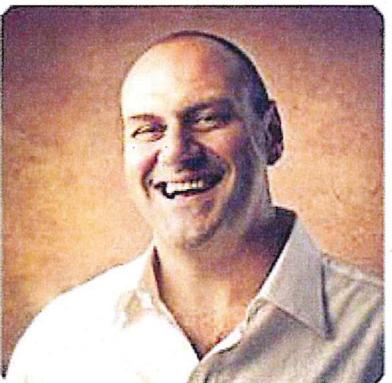
Anlage 8 - NEU -

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produkthezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2016 in €				Veränderungen in €				Abstimmungsergebnis			
				bisher	neu	2016	2017	2018	2019	Dauer	Ja	Nein	Enth.		
						Erträge	Aufwend.								
160 NEU	1.56.5610.06	Artenschutz	BIBS	Zusätzlicher Personalbedarf - Artenschutz Für den Fachbereich 61 Stadtplanung und Umweltschutz wird eine zusätzliche Stelle eines Biologen mit vertiefter zoologischer und/oder botanischer Artenkenntnis geschaffen.				+ 41.000	+ 83.000	+ 83.000	+ 83.000	+ 83.000	+ 83.000	+ 83.000	+ 83.000
Anmerkung der Verwaltung															
Der Antrag enthält keinen Betrag. Nach einer ersten groben Schätzung durch die Verwaltung würden die Personalkosten rd. 83.000 € jährlich für eine Pläne Stelle E 13 betragen. Für 2016 wird aufgrund des Genehmigungsverfahrens für den Haushalt und die anschließende Ausschreibung von einer Besetzung zum 1. Juli 2016 ausgegangen. Dies würde Personalkosten von rd. 41.000 € verursachen.															

* Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Bürgerhaushalt 2015 zum Haushaltsplan 2016

Top 75-Vorschläge



Bürgerhaushalt in 2015 zum Haushaltsplan 2016 Top 75-Vorschläge

Platz: 2: Nachtbusse erhalten						
Vorschlags-Nr.:	Bewertung:	Wirkung:	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
2282	1,034	Ausgabe				
Da die Nachtbusse ja zur Zeit nur als Versuch laufen, möchte ich hier erwähnen, dass es unbedingt bei Nachtbussen bleiben sollte in einer Stadt mit dieser Größe. Ich kann nicht abschätzen, inwieweit sich die Nachtbusse zur Zeit rechnen, aber auch wenn sie zu Verlusten führen, gehört ein Bussystem 24 Stunden am Tag auch zum Image einer Stadt.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0600						
Der Verwaltungsausschuss der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 23. September 2014 beschlossen, ab dem 28. November 2014 einen Nachtlinienverkehr am Wochenende einzuführen. Während der einjährigen Testphase evaluieren Stadtverwaltung und Braunschweiger Verkehrs GmbH (BSVG) gemeinsam die Nachfrage und unterbreiten dem Rat der Stadt einen Vorschlag, den Nachtverkehr betriebswirtschaftlich sinnvoll und vom Fahrgastaufkommen her vertretbar zu betreiben. Inzwischen lassen sich erste Rückschlüsse auf das Nutzerverhalten der Braunschweiger Bürger im Nachtverkehr ziehen. Die Ergebnisse fließen in die Ratsvorlage ein, um nach der Sommerpause eine Entscheidung über den Weiterbetrieb herbeizuführen.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		/1	0	0		
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 5: Kurzstreckentarif für Busse und Bahnen einführen

Vorschlags-Nr.:	Bewertung:	Wirkung:	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
2117	0,901	Ausgabe		

Die Stadt sollte den Vorschlag aus dem Jahre 2014 wieder aufgreifen und einen Kurzstreckentarif für Busse und Bahnen einführen. Wenn ich von der Hildesheimer Straße zum Amalienplatz beziehungsweise zur Celler Straße oder Maschstraße fahre, sind dies zwei beziehungsweise drei Haltestellen. Dafür bezahle ich € 2,30 genau so viel, als würde ich von Lamme nach Mascherode fahren. Busse und Bahnen würden mehr genutzt, wenn die Preise nicht so hoch wären.

Auf Mallorca sind die Busse voll. Hier habe ich vom Playa de Palma bis zum Platz de Espanol in Palma € 1,00 bezahlt, mindestens 8 Haltestellen je nach Linienführung.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): Ref. 0600

Der Vorschlag zum Bürgerhaushalt fokussiert auf das Beispiel einer europäischen Urlaubsinsel bzw. eine tarifzonenübergreifende Kurzstrecke. In einigen größeren Städten werden Kurzstreckentickets angeboten. Deutschlandweit gibt es in vergleichbaren Städten wie Münster und Bremen teils das Angebot eines Kurzstreckentarifs, in anderen wie Freiburg und Karlsruhe aber auch nicht. Als Alternative zur Kurzstrecke wurde in Braunschweig bewusst die 10-Fahrtenkarte mit dem seit 2008 nicht angehobenen Preis entwickelt. Durch die Zeitvariante von 90 Minuten für beliebig häufige Fahrten innerhalb des Stadtgebiets, kann man gerade auf kurzen Entferungen den Abschnitt der Karte zum Preis von 1,80 € für die Hin- und Rückfahrt nutzen. Gleichzeitig werden die Verkaufsvorgänge damit gegenüber einer Kurzstrecke reduziert. Die Kunden nehmen diese Karte sehr gut an.

In Städten, die einen Kurzstreckentarif im Angebot vorhalten, sind die Fahrkarten im Regeltarif dagegen meist deutlich teurer als in Braunschweig. Insofern ist die Entscheidung Pro oder Contra eines Kurzstreckentarifes nicht auf diese einzelne Fahrkarte bezogen, sondern wird Veränderungen im Gesamtangebot nach sich ziehen, um die Tarifgerechtigkeit aufrecht zu halten und die wirtschaftlichen Effekte durch den abgesenkten Tarif im darstellbaren Rahmen zu halten.

Weiter unterliegt die Verkehrs-GmbH als ein Partner des Tarifverbundes bei der Preis- und Sortimentsbildung den Regularien der Verbundgesellschaft Region Braunschweig. Eine Einführung eines Kurzstreckentarifs in Stadtgebieten müsste in Abstimmung der Städte Wolfsburg, Goslar sowie der übrigen Landkreisen des Verbandsgebietes erfolgen.

Aus Sicht der Verkehrs-GmbH ist die Einführung eines Kurzstreckentarifs nicht kostenneutral. Ein zu erwartender Neukundenanteil wird die Reduzierung der Einnahmen aus dem abgesenkten Fahrpreis für die jetzigen Kunden nicht kompensieren können und somit zum Anstieg des Defizitausgleichs durch die Stadt Braunschweig führen. Exemplarisch sei dieses kurz mit realistischen Annahmen und dem Ist-Stand dargestellt.

Derzeit nutzen rd. 1,06 Mio. Kunden den Einzelfahrschein im Stadttarif zu 2,3 €/Ticket, was einen Jahresumsatz von rd. 2,43 Mio. € in 2014 ergab.

Legen angenommen von diesen Kunden rd. 40 % eine Wegstrecke im Ergebnis entstünde bei vorgenanntem Beispieldurchfall ein Verlustanstieg in der Verkehrs-GmbH von rd. 330 T€/a. Dieses beinhaltet nicht die kaum valide zu prognostizierenden zusätzlichen Abwanderungen von der 10er-Karte in einen Kurzstreckentarif, was die negativen Auswirkungen weiter steigert.

Zur Kompensation müssten deutlich mehr als 200.000 Kunden/Jahr zusätzlich den ÖPNV nutzen, um das Angebot neutral zu stellen. Dieses bedeutet einen dauerhaft notwendigen Anstieg von mehr als 18 % im Kundensegment Einzelfahrausweis, was aus Unternehmenssicht wenig realistisch erscheint.

Da voraussichtlich auch einige Neukunden in den Einsatzspitzenzeiten hinzukommen, ist die Bereitstellung von zusätzlichen Fahrzeugen wahrscheinlich, was in der Konsequenz die negative Ergebnisbeeinträchtigung weiter steigert.

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss		3	8	0	
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 11: Zonen-übergreifende Kurzstrecken-Tarife im öffentlichen Nahverkehr schaffen

Vorschlags-Nr.: 2613	Bewertung: 0,787	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
-------------------------	---------------------	---------------------	-----------------------	---

Im "öffentlichen Nahverkehr" sollten Kurzstrecken-Tarife eingeführt werden, nicht nur innerorts, sondern von einer Tarifzone in die nächste.

Zum Beispiel gibt es im Ortsteil Schapen keine Einkaufsmöglichkeiten - die nächste Haltestelle im Ort "Weddel"/Cremlingen liegt nur etwa 1 Kilometer entfernt. Dort findet man Netto, Apotheke, Bäcker und Bahnhof. Die Kosten für die Fahrt betragen 3,80 € (90 Minuten Tarifzone 2).

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): Ref. 0600

Die Verkehrs-GmbH unterliegt als ein Partner des Tarifverbundes bei der Preis- und Sortimentsbildung den Regularien der Verbundgesellschaft Region Braunschweig. Die Verkehrs GmbH wird dieses Thema an die Verbundgesellschaft Region Braunschweig adressieren und dort zur Entscheidung vorlegen. Im Übrigen gilt die Stellungnahme zum Vorschlag Nr. 2117 entsprechend.

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		6	4	1		
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 16: Fahrkartautomaten an ausgewählten Haltestellen aufstellen

Vorschlags-Nr.: 2647	Bewertung: 0,736	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
-------------------------	---------------------	-------------------------	-----------------------	---

Fahrkartautomaten für Bus und Straßenbahn an ausgewählten Haltestellen (Umsteigestationen) würden die Standzeiten an Haltestellen verkürzen und Verspätungen verringern. Als Standorte würde ich mir zum Beispiel Hauptbahnhof, Schloss, Kastanienallee und Rudolfplatz vorstellen.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): Ref. 0600

Ziel der Braunschweiger Verkehrs GmbH ist es, den Ticketverkauf beim Fahrpersonal bis zum Jahr 2018 zu reduzieren. Die betriebliche Abwicklung könnte durch eine Umkehr des Verkaufsverhältnisses der Fahrausweise im Vorverkauf von derzeit 28 % und 72 % beim Fahrpersonal erheblich verbessert werden. Dazu werden die Vertriebswege bis 2018 schrittweise ausgebaut. Ein Schritt ist dabei die Einführung von zunächst 10 Fahrscheinautomaten an ausgewählten Straßenbahnhaltestellen. Dabei werden auch die vorgeschlagenen Haltepunkte Hauptbahnhof und Schloss entsprechend berücksichtigt.

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten						
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		11	○	○		
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 18: Fußweg und Radweg Ringgleis zügig ausbauen, teilweise sanieren				
Vorschlags-Nr.:	Bewertung:	Wirkung:	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
2834	0,726	Ausgabe		
Es darf nicht noch einmal 20 Jahre dauern, bis die restlichen Kilometer fertig gestellt sind. Etliche Abschnitte des vorhandenen Weges müssen dringend saniert werden. Das bringt einfach die sehr starke Frequentierung mit sich und vielleicht auch die ungünstige Wahl der Oberflächen-Beschaffenheit.				
Stellungnahme der Verwaltung				
Org.-Einheit(en): FB 61				

Zügiger Ausbau:

Im Jahr 2011 hat der Rat der Stadt Braunschweig die Umsetzung des „Masterplan Ringgleis“ beschlossen. Da sich die für den Ringgleisschluss benötigten Abschnitte im Norden, Osten und Süden noch nicht durchgehend im städtischen Besitz befinden, bedarf es für jeden weiteren Abschnitt differenzierter Planungen (z. T. auch zur rechtlichen Absicherung), umfangreicher Abstimmungen zu Nutzungsvereinbarungen oder aber auch Kaufverträge, um den jeweiligen Zugriff auf weitere Abschnitte zu erhalten. Erst danach können abschnittsweise detaillierte Ausbauplanungen begonnen und die jeweiligen Kosten ermittelt werden, die dann sukzessive für die folgenden Haushaltsjahre angemeldet werden müssen. Dieser Prozess wird sich, wie beim westlichen Ringgleis auch, voraussichtlich über mehrere Jahre erstrecken.

Als nächster Teilabschnitt steht konkret in 2016 die Umsetzung der Fortführung des südlichen Ringgleis-Abschnitts A391 bis Kennelweg/Okerbrücke bevor. Dieser wird aktuell planerisch vorbereitet. Zum Erreichen der ca. 12 m hohen Dammkrone sind umfangreiche, kostenintensive Ingenieurbauwerke (Rampen) erforderlich. Durch diesen Abschnitt können das neue Jugendleistungszentrum von Eintracht Braunschweig sowie der Weser-Harz-Heide-Radfernweg angebunden werden. Im Norden wird es alsbald den Brückenschlag über die Oker im Bereich der Uferstraße geben. Danach ist die Weiterführung über das ehemalige Braunschweiger Zeitungs-Gelände (zwischen Hamburger Straße und Mittelweg) vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen - Zügiger Ausbau:

In der mittelfristigen Finanzplanung zum Haushalt 2015 stehen als Ergebnis der Annahme des Bürgervorschlags Nr. 1359 zum Haushalt 2015 in Summe 3,5 Mio. EUR für die Jahre 2015 bis 2019 zur Verfügung. Ein zusätzlicher Mittelbedarf über die bereits im städtischen Haushalt eingeplanten Mittel kann derzeit nicht konkret benannt werden. Gründe dafür sind, dass die zuvor beschriebenen Rahmenbedingungen je Abschnitt inkl. der Trassenführung des Weges sukzessive zu klären sind und dass eine seriöse Kostenschätzung ohne differenzierte und detaillierte ingenieurtechnische Ausbauplanung nicht möglich ist.

Sanierung:

Die Verwaltung betrachtet eine Sanierung der bestehenden Wege in vielen Bereichen als sinnvoll. Die jeweilige Ausbauart wird sich jedoch für jeden Abschnitt mit dem dort bestehenden Stadtbild, den zu erwartenden Nutzergruppen und den örtlich zu erwartenden Konflikten auseinandersetzen müssen. Insofern ist jeder Abschnitt differenziert zu betrachten. Darüber hinaus kann natürlich auch bei der Sanierung, allein aus Kostengründen, nur abschnittsweise vorgegangen werden. Sofern die Örtlichkeit und die zur Verfügung stehenden Finanzmittel es zulassen (z. B. eine ausreichende Breite vorhanden ist und keine stadtgestalterischen Gründe dagegen sprechen) werden schon jetzt durchaus auch einzelne Bereiche saniert. Beispielhaft soll dies zeitnah in dem Abschnitt zwischen Triftweg und Kälberwiese erfolgen. Hier soll für die Radfahrer ein Asphaltweg und für die Fußgänger eine separate, wassergebundene Decke angelegt werden.

Finanzielle Auswirkungen - Sanierung:

In der mittelfristigen Finanzplanung zum Haushalt 2015 stehen als Ergebnis der Annahme des Bürgervorschlags Nr. 1359 zum Haushalt 2015 in Summe 3,5 Mio. EUR für die Jahre 2015-2019 zur Verfügung. Ein konkreter zusätzlicher Mittelbedarf für Sanierungsmaßnahmen kann mit einem Pauschalbetrag i. H. v 30.000 EUR pro Jahr dauerhaft angenommen werden (120.000 EUR in Summe für die Planungsjahre des IP 2016-2019).

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	XXXX	120.000 €
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		6	0	5		
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 27: Fahrplan von Bahn und Verkehrs-GmbH optimieren

Vorschlags-Nr.: 2098	Bewertung: 0,693	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten: 5.000 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
-------------------------	---------------------	---------------------	-------------------------------	---

Die Fahrpläne der Verkehrs-GmbH sind in Randzeiten nur unzureichend auf den Fahrplan der Bahn abgestimmt. Z.B. Ankunft IC aus Hannover am Sonntag: 08:08 Uhr - Nächste Abfahrt in Richtung Innenstadt: 08:49 (41 Minuten Wartezeit!).

Des Weiteren erfolgt keine Anschluss sicherung bei Verspätungen. Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH soll daher zukünftig bei ausgedünntem Takt die aktuelle Verspätungslage vom Zugverkehr beobachten. Ziel muss eine Mindestumsteigezeit von 4 Minuten für wichtige Zugverbindungen (insbesondere IC / RE aus Hannover, RB aus WOB, ICE von Berlin / Göttingen) sein. Hierzu muss in der Leitstelle der Verkehrs-GmbH der aktuelle Bahn-Fahrplan beobachtet werden und ggf. auf die Stadtbahnen und Busse eingewirkt werden. Es ist mit der DB Kontakt aufzunehmen um Zugriff auf die genauen aktuellen Fahrplandaten zu bekommen.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): Ref. 0600

Die Verkehrs-GmbH ist grundsätzlich bemüht, eine optimale Verknüpfung zwischen Eisenbahn und dem innerstädtischen Verkehr herzustellen.

Eine Verknüpfung an einzelne, am Hauptbahnhof ankommende Züge ist jedoch nicht immer möglich. Eine Verbesserung für einen Anschluss verschlechtert meist einen anderen Anschluss. Im genannten Beispiel (Sonntagfrüh) besteht eine gute Umsteigebeziehung in Richtung Innenstadt von den Regionalzügen aus Stendal / Wolfsburg (Ankunft 7:34), Hannover (Ankunft 7:41) und Magdeburg (Ankunft 7:42).

Die vorgeschlagene Anschluss sicherung zu Tagesrandzeiten an Nah- und Fernverkehrszüge ist nachvollziehbar wünschenswert. Die Verkehrs-GmbH verkehrt zu Tagesrandzeiten in einem stündlichen Anschlussverkehr an der Haltestelle Rathaus. Hier besteht gesicherter Anschluss zwischen allen zu dieser Zeit verkehrenden Linien. Eine Anschluss sicherung am Hauptbahnhof würde zu verspäteter Ankunft der Linie am Rathaus führen und damit den stadtweiten Bus- und Bahnverkehr verzögern. Vor diesem Hintergrund ist die Anschluss sicherung an die Züge des Nah- und Fernverkehrs betrieblich nicht durchführbar, ohne damit Verzögerungen für alle anderen Fahrgäste im innerstädtischen Verkehr zu verursachen.

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss		X	O	X	
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 28: Mehr Grün in der Innenstadt schaffen						
Vorschlags-Nr.: 2871	Bewertung: 0,689	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Heiße Sommer werden zunehmen. Damit sind auch Stadtplanerische Konzepte der Vergangenheit zu überdenken. Dazu gehören große zugebaute Flächen wie der Schlossplatz oder der Wollmarkt bis zur Alten Waage.						
Komplett Begrünen ist hier mein Wunsch. Das Gelände Harz und Heide kann sicher auch zu 50% renaturiert werden.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 61						
Die zunehmend wahrnehmbaren klimatischen Auswirkungen auf die Stadtplanung und der damit verbundene Wunsch nach stärkerer Berücksichtigung klimatischer Aspekte sind der Verwaltung bewusst und werden in verschiedenen Bereichen bereits berücksichtigt.						
Unter den vielen relevanten Rahmenbedingungen stellt der Klimaschutz in der Stadtplanung jedoch nur einen Aspekt dar. Andere Belange wie die baukulturelle Wahrnehmung einer Großstadt oder die angestrebten Nutzungen sind ebenfalls zu berücksichtigen. Hierbei ist gerade die Innenstadt Braunschweigs an ihren zentralen Stellen vor allem von dem Bild der „steinernen Stadt“ geprägt, das zur Identifikation der Stadt beiträgt. Überdies kann festgestellt werden, dass auch eine begrünte Gestaltung städtischer Flächen Kosten hervorruft, die pauschal nicht verlässlich abgeschätzt werden können.						
Das Harz-und-Heide-Gelände übernimmt neben der Beherbergung verschiedener überregional bekannter Veranstaltungen wichtige Entlastungsfunktionen für die Innenstadt, z.B. als Ausweichparkplatz bei Großveranstaltungen. Diese Funktion muss sichergestellt sein. Eine fünfzigprozentige Renaturierung steht dem entgegen.						
Finanzielle Konsequenzen können nicht beziffert werden, da sie situationsbedingt sind.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		10	0	1		
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 31: Weitere Buslinien auf Elektrobusse umstellen						
Vorschlags-Nr.: 2470	Bewertung: 0,676	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Es sollen weitere Buslinien auf Elektro-Busse umgestellt werden. So könnte zum Beispiel eine Ladestation an der Haltestelle Stadion errichtet werden und die Linien 414 und 454 mit Elektrofahrzeugen befahren werden. Gleiches auch die 424 ab Rühme.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0600						
Auf Basis der Erfahrungen aus dem laufenden Forschungsprojekt „emil“ kann in Zukunft die Umstellung weiterer Buslinien auf das Elektrobussystem ein Thema sein. Mit einer Umstellung sind jedoch auch Investitionen in Elektrobusse und Ladeinfrastruktur verbunden. Nachdem die Verkehrs- GmbH ausreichend Erfahrungen mit dem Betrieb der bestehenden Elektrobusse gesammelt hat, kann über die weitere Investition in Elektrobusse entschieden werden. Dafür ideale Linien sind aus diversen kundenseitigen, technischen und in der Folge wirtschaftlichen Aspekten heraus zu bewerten und dann festzulegen.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		10	0	1		
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 32: Schlossplatz begrünen																									
Vorschlags-Nr.: 2159	Bewertung: 0,675	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																					
<p>Der Schlossplatz gehört zu den unwirtlichsten Plätzen von Braunschweig. Wo heute eine Betonwüste zum schnellen Durchmarsch animiert, war früher mit dem Schlosspark die grüne Lunge Braunschweig. Eine grüne Wiese mit Bäumen, Sitzbänken und einem Spielplatz würde die Optik des Platzes schnell verbessern. Die Wege zu den Eingängen der Schloss-Arkaden, zum Museum, Kulturinstitut und zur Bibliothek bleiben selbstverständlich erhalten. Der Platz gewinnt so eine neue Attraktivität, die zum Verweilen einlädt. Durch die schönere Anbindung gewinnt der Bohlweg insgesamt an Reiz, was auch den Geschäften zu gute kommt.</p> <p>Für eine freundliche Gestaltung des Platzes finden sich vermutlich auch Sponsoren wie zum Beispiel die ansässigen Geschäfte.</p>																									
Stellungnahme der Verwaltung																									
Org.-Einheit(en): Ref. 0610																									
<p>Der Schlossplatz gehört zu den beliebtesten Aufenthaltsorten der Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger. Er ist mit hohem Aufwand und mit hochwertigen Materialien und Möblierungselementen (Leuchten, Rundbank, Abfallbehälter u.a.) gestaltet worden. Viele positive Rückmeldungen, insbesondere auch von auswärtigen Besuchern belegen, dass es mit dem Schlossplatz gelungen ist, den Baukörper des Schlosses im Stadtraum und bei den Bürgerinnen und Bürgern zu verankern. Der Schlossplatz kann heute für Großveranstaltungen, als Ort von Festen (z.B. Aufstiegsfeier des BTSV Eintracht Braunschweig) und Kundgebungen genutzt werden. Diese vielseitige Nutzbarkeit ist ein Indiz für die hohe Qualität dieses öffentlich-städtischen Raums. Er ist darüber hinaus aber auch alltäglicher Treffpunkt, insbesondere auch von jungen Menschen. Neben der Rundbank bieten die Umfassung des Brunnens und die Treppen des Schlossmuseums bzw. der Bibliothek gute Sitzgelegenheiten, die sehr positiv angenommen werden.</p> <p>Der Schlossplatz war schon von Beginn an ein steinerner städtisch ausgeprägter Platz. Die heutige Ausprägung spiegelt diese historische Situation gut wieder, die beiden Reiterstandbilder befinden sich beispielsweise nahezu deckungsgleich am ursprünglichen Standort. Eine intensivere Begrünung oder gar die Anlage eines Spielplatzes wären daher historisch und typologisch nicht passend. Die Grünräume des Schlosses befanden sich vor allem im Nordöstlichen Bereich des ursprünglichen Schlossbaukörpers, dort wo sich heute das Einkaufszentrum befindet. Der Schlossplatz kann heute dafür kein Äquivalent sein, die Straßenbäume und die Platzbäume liefern aber wichtige grüne Impulse. Ein konkreter Mittelbedarf für die Umsetzung des Bürgervorschlags kann nicht benannt werden, da die Verwaltung keine geeignete Möglichkeit sieht, den Vorschlag umzusetzen ohne grundlegende Planungsgrundsätze der Stadt aufzugeben.</p>																									
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020ff.</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> </tr> </tbody> </table>					Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten						XXXX
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe																			
Einmalige Kosten																									
Laufende Kosten						XXXX																			

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss		5	4	2	
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 34: Keine Bebauung innerstädtischer Grünflächen mehr vornehmen						
Vorschlags-Nr.: 2945	Bewertung: 0,662	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Grünflächen in der Stadt sind unersetzlich für die Luftqualität, das Klima, den Hochwasserschutz sowie als Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Baugebiete sind auf weniger wertvollen, bereits versiegelten Flächen auszuweisen.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 61						
Vorhandene innerstädtische Grünflächen mit nennenswerter Größe kommen heute schon als Baugebiet nicht mehr in Betracht. Es bleibt der Beurteilung bzw. Abwägung in jedem Einzelfall vorbehälten, wie viel Bauflächen wo geschaffen werden und wo die Flächen aus gutem Grund unbebaut bleiben sollen.						
Bei der Nachnutzung von Gewerbebrachen müssen die Kosten für jeden Einzelfall ermittelt werden. Fragestellungen wie die Problematik der Altlastenentsorgung, der Menge und Art der zu realisierenden Wohnbaunutzung, erforderliche Ausgleichsmaßnahmen, Maßnahmen zur Lösung von Emissionsschutzproblematiken und andere sind jeweils nur standortbezogen und nicht pauschal zu beantworten.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		○	✗	6		
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 36: Ringgleis ausbauen zwischen EchoBrücke und Rangierbahnhof							
Vorschlags-Nr.: 2396	Bewertung: 0,658	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
Das Ringgleis ausbauen von der EchoBrücke am Kennelweg bis zum Rangierbahnhof und Bahnparkmuseum.							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 61							
<p>In diesem Abschnitt des Ringgleises wird zurzeit versucht die formalen Voraussetzungen zu schaffen, um den weiteren Ausbau zu ermöglichen. Derzeit finden verwaltungsintern und mit Dritten Abstimmungen über das weitere Vorgehen statt. Auf Grund der Flächengrößen und der darauf vorhandenen, verschiedenen Bauwerke, erfordern die Abstimmungen sowie die Bewertung der Folge- und Sanierungskosten jedoch einen erheblichen Zeit- und Prüfaufwand, bevor die weitere Ausbauplanung in diesem Bereich begonnen werden kann.</p> <p>Im laufenden Investitionsmanagement stehen als Ergebnis der Annahme des Bürgervorschlags Nr. 1359 zum Haushalt 2015 in Summe 3,5 Mio. EUR für die Jahre 2015-2019 zur Verfügung. Ein zusätzlicher Mittelbedarf über die bereits im städtischen Haushalt eingeplanten Mittel kann derzeit nicht konkret benannt werden. Gründe dafür sind, dass die zuvor beschriebenen Rahmenbedingungen je Abschnitt zu vielfältig sind, und dass eine seriöse Kostenschätzung ohne differenzierte und detaillierte ingenieurtechnische Ausbauplanung nicht möglich ist.</p>							
Finanzielle Wirkung		2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
Gremienlauf		Anmerkungen		Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss				S	S	1	
Finanz- und Personalausschuss							
Verwaltungsausschuss							
Rat							

Platz: 40: Fahrscheinverkauf über die App der Verkehrs-GmbH einführen

Vorschlags-Nr.: 2692	Bewertung: 0,644	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten: 5.000 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
-------------------------	---------------------	---------------------	-------------------------------	---

Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (ehemals AG) betreibt seit einigen Jahren eine ganz brauchbare App für Fahrplanauskünfte. Leider kann man bisher über diese App keine Fahrscheine erwerben. Insbesondere seit der letzten Tarifumstellung mit dem neu eingeführten Preisvorteilen für im Vorverkauf erworbene Fahrscheine vermisste ich diese Funktion. Eine Zahlung sollte bequem und flexibel über den Play Store, den App Store per monatlicher Lastschrift oder Kreditkarte möglich sein.

Damit würde man die Anzahl der Verkaufsvorgänge beim Fahrer reduzieren, womit sich Fahrzeiten einsparen ließe, die die Pünktlichkeit verbessert würde. Außerdem wäre der Zugang zu den günstigen Vorverkaufspreisen deutlich einfacher.

Daher soll diese Funktion in der App möglichst kurzfristig für alle Fahrscheine nachgerüstet werden.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): Ref. 0600

Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH hat Ende Mai 2015 ihre umbenannte App Verkehr-BS im Google Play Store veröffentlicht. Über die App können Fahrscheine der Vorverkaufspreisstufe des Stadt tarifs Braunschweig für Fahrten in der Tarifzone 40/Stadt Braunschweig erworben werden. Die Fahrausweise können derzeit per Sofort-Überweisung, Paypal oder Kreditkarte bezahlt werden. Die App Verkehr-BS mit Ticketkauffunktion wird derzeit auch für den App Store erstellt, so dass kurzfristig auch Ticketkäufe für iOS Smartphones möglich sein werden.

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		9	2	0		
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 57: Platz der Deutschen Einheit, Schloßplatz und Burgplatz begrünen						
Vorschlags-Nr.: 2169	Bewertung: 0,590	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten: 5.000 €	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Diese zentralen Plätze der Stadt sind doch recht schlicht gestaltet. Eine Aufwertung durch neue Grünanlagen, auch zum Ausgleich für den Wegfall des Schlossparks, würde ich sehr begrüßen. Man könnte es mit Sitzgelegenheiten kombinieren.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): Ref. 0610						
Die zentralen innerstädtischen Platzräume Burgplatz, Schlossplatz, Platz der Deutschen Einheit aber auch Kohlmarkt, Altstadtmarkt, Bankplatz und andere Platzräume sind positive Aushängeschilder der Innenstadt mit einer hohen Aufenthaltsqualität. Die Verwaltung unternimmt seit Jahren Maßnahmen zur Aufwertung dieser öffentlichen Räume. Die Gestaltung und die verwendeten Materialien sowie die Möblierungselemente (Leuchten, Bänke, Abfallbehälter u.a.) sind durchweg hochwertig. An vielen Orten (Fußgängerzone, Platzräume) bietet die Stadt die Möglichkeit, sich ohne Verkehrzwang auf öffentlichen Sitzgelegenheiten niederzulassen. Dieses Angebot wird sukzessive erweitert. Der grüne Ring entlang der Oker liefert zusammen mit dem Bürgerpark ein wichtiges Freiraumelement innerhalb der Innenstadt. Somit lässt sich ein grünes Defizit bzw. ein Defizit an öffentlichen Sitzgelegenheiten nicht erkennen.						
Finanzielle Auswirkungen: Da der Vorschlag sehr allgemein gehalten ist, kann ein konkreter Mittelbedarf für die Umsetzung des Bürgervorschlags nicht benannt werden.						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
					Ergebnis	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.		
Planungs- und Umweltausschuss		3	6	2		
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 65: Industriebrachen statt Grünflächen im Umland für Bauland nutzen						
Vorschlags-Nr.: 2548	Bewertung: 0,571	Wirkung: kostenneutral	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)		
Keine neuen Bauflächen im Umland ausweisen oder Flächen verbrauchen, stattdessen Landschaft schützen und Industriebrachflächen bebauen.						
Stellungnahme der Verwaltung						
Org.-Einheit(en): FB 61						
<p>Strategisches Ziel der Stadt Braunschweig ist die sogenannte Innenentwicklung, die Vorrang vor der Entwicklung von bisher baulich nicht genutzten Außenbereichsflächen genießt. Somit wird dieser Vorschlag weitestgehend bereits bei der Planung neuer Vorhaben berücksichtigt. Ein Beispiel hierfür ist die Entwicklung des Baugebietes Taubenstraße in der Nordstadt. Innenentwicklung geht allerdings häufig mit vielfältigen Planungsproblemen einher (Altlasten, zersplitterte Eigentümerstruktur sowie Konflikten mit anderen Nutzungszielen wie dem Natur- oder Klimaschutz) mit der Folge, dass diese Planungsverfahren oft länger dauern als Planungen für Außenbereichsvorhaben. Um ausreichend Wohnraum bereitzustellen zu können, ist es deswegen unerlässlich, einen Teil der Bebauung in integrierten Stadtrandlagen zu entwickeln.</p> <p>Finanzielle Auswirkungen: Zusätzliche Kosten entstehen für diesen Vorschlag nicht, da dieses Vorgehen bereits der Handlungsweise der Verwaltung entspricht.</p>						
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss		○	✗	Q		
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

Platz: 68: Verbindung nach Wolfsburg mit Bussen und Bahnen verbessern																																		
Vorschlags-Nr.: 2524	Bewertung: 0,561	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)																														
Die Weddeler Schleife doppelgleisig ausbauen. Häufigere Busverbindung nach Wolfsburg schaffen.																																		
Stellungnahme der Verwaltung																																		
Org.-Einheit(en): Ref. 0600																																		
Der Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) – Zweckverband Großraum Braunschweig- erstellt derzeit in Abstimmung mit den Gebietskörperschaften und den Verkehrsunternehmen einen neuen Nahverkehrsplan. Ein wesentlicher Punkt bei der Neuaufage ist auch die Stärkung der Angebote von Regionalexpresszügen und den Regionalbussen zwischen den Oberzentren Braunschweig und Wolfsburg. Dies ist auch Bestandteil der Stellungnahmen der Stadt Braunschweig und der Verkehrs GmbH zum Anhörungsentwurf für den Nahverkehrsplan 2016.																																		
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzielle Wirkung</th> <th>2016</th> <th>2017</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einmalige Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Laufende Kosten</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>XXXX</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>					Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	Summe	Einmalige Kosten							Laufende Kosten					XXXX										
Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	Summe																												
Einmalige Kosten																																		
Laufende Kosten					XXXX																													
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Gremienlauf</th> <th>Anmerkungen</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Planungs- und Umweltausschuss</td> <td></td> <td>5</td> <td>3</td> <td>1</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Finanz- und Personalausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Rat</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>					Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	Planungs- und Umweltausschuss		5	3	1		Finanz- und Personalausschuss						Verwaltungsausschuss						Rat					
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis																													
Planungs- und Umweltausschuss		5	3	1																														
Finanz- und Personalausschuss																																		
Verwaltungsausschuss																																		
Rat																																		

Der Ausschuss stellt fest, dass keine Zuständigkeit für eine Entscheidung über Satz 1 „Die Weddeler Schleife doppelseitig ausbauen“ besteht.

In der Folge wird nur über Satz 2 „Häufigere Busverbindung nach Wolfsburg schaffen“ abgestimmt.

Platz: 75: Modernes Zahlungssystem für Bus & Bahn einführen

Vorschlags-Nr.: 1967	Bewertung: 0,539	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
-------------------------	---------------------	---------------------	-----------------------	---

Im Februar hat die Braunschweiger Verkehrs GmbH die Preise für Fahrkarten erhöht, die beim Fahrer gekauft werden. Der Mehraufwand und die Belastung der Fahrer durch den Fahrkartenverkauf sind nachvollziehbar hoch. Jedoch muss man bedenken, dass der Kauf von Tickets beim Fahrer in den meisten Fällen der einzige Weg ist, um an Fahrkarten zu gelangen. Vorverkaufsstellen befinden sich nicht in allen Stadtteilen. Und ich finde, man kann nicht verlangen, dass man sich Einzelfahrscheine bunkert.

Ich schlage daher vor, das Fahrkarten-System durch ein zeitgemäßes System zu ersetzen beziehungsweise zu ergänzen.

Zum Beispiel durch eine Integration in die Braunschweiger Verkehrs GmbH App. Eine Implementierung von Tickets per Barcode/QR-Code haben mehrere Vorteile. 10er Streifen sollten auch dort zu erwerben sein und Fahrten können durch antippen entwertet werden.

Die Entwertung von Fahrscheinen kann durch Scanner in den Bussen oder "Keep it Simple" durch antippen in der App durchgeführt werden. Zusätzlich zum Barcode kann zur Sichtkontrolle durch den Fahrer die Entwertungszeit angezeigt werden.

Kontrolleure können über eine Kontrollapp die Barcodes prüfen. Für diese Lösung sind nur geringe Investitionen notwendig, da es sich um eine ausschließlich software-basierte Lösung handelt.

Eine weitere, jedoch deutlich kostenintensivere Lösung, wären NFC Bezahlsysteme, bei denen die Busse und Bahnen mit NFC-Terminals Ausgestattet werden: Beim Betreten des Transportmittels kann per NFC-Smartphone oder mit einer Kundenkarte ein Ticket erworben oder ein vorhandenes Kontingent eingelöst werden. Auf die Kundenkarte können dann alle verfügbaren Ticketarten aufgebucht werden.

Wichtig für die Akzeptanz eines solchen Systems ist auf jeden Fall die Verfügbarkeit aller Produktarten (Monatskarten, Fahrradkarten, 10er Karten und so weiter).

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): Ref. 0600

siehe auch Stellungnahme zu Vorschlag Nr. 2692.

Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH hat Ende Mai 2015 ihre umbenannte Fahrplan-App Verkehr-BS im Google Play Store veröffentlicht. Über die App können Fahrscheine der Vorverkaufspreisstufe des Stadt tarifs Braunschweig für Fahrten in der Tarifzone 40/Stadt Braunschweig erworben werden. Die Fahrausweise können derzeit per Sofortüberweisung, Paypal oder Kreditkarte bezahlt werden. Das Lastschriftverfahren sieht die Verkehrs-GmbH derzeit als nicht praktikabel, da u.a. unsicher in der Einnahme, an. Entsprechende Erfahrungen wurden bereits mit einem SMS-Ticketsystem gemacht. Die App Verkehr-BS mit Ticketkauffunktion wird derzeit auch für den App Store erstellt, so dass kurzfristig auch Ticketkäufe für iOS Smartphones möglich sein werden.

Finanzielle Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	

Gremiumlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss		<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					